

# Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Lage der Menschenrechte in China“ am 18. November 2020

Lea Zhou

Deutscher Bundestag  
Ausschuss f. Menschenrechte  
u. humanitäre Hilfe  
Ausschussdrucksache  
19(17)126

## Antworten aus dem Fragenkatalog

### **8. Welche Informationen haben Sie zur Qualität und Quantität der Zwangs- und Umerziehungslager im chinesischen politischen und wirtschaftlichen System, und welche konkreten Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft sind notwendig, um diese schweren Menschenrechtsverletzungen zu beenden? (CDU/CSU)**

Aufgrund des immer stärker werdenden Drucks seitens der internationalen Gemeinschaft, wurde das Arbeitslagersystem Ende 2013 offiziell abgeschafft. Das Regime greift seitdem verstärkt auf die außergerichtlichen Gehirnwäsche-Einrichtungen zurück, die dazu dienen, die Inhaftierten zur Aufgabe ihres Glaubens zu zwingen.

Keine Haftanstalt in China wird ausdrücklich als Gehirnwäsche-Einrichtung bezeichnet. Stattdessen werden Begriffe wie „Rechtserziehungsanstalten“ „Zentren zur beruflichen Qualifizierung und Ausbildung“ oder „Drogenrehabilitationszentren“ verwendet. Im Gegensatz zu den Zwangsarbeitslagern (administratives Strafsystem) und Gefängnissen (formelles Strafsystem) müssen sich die Gehirnwäsche-Einrichtungen aus rechtlicher Sicht an keinerlei Verwaltungs- oder Strafverfahren halten. Das *Büro 610*, ein am 10. 6. 1999 nur für die Verfolgung von Falun Gong gegründetes außerrechtliches Organ, richtete 2001 die ersten Gehirnwäsche-Einrichtungen ein. Alle untergeordneten *Büros 610* in ganz China folgten diesem Beispiel.

Die Beamten und Wärter in diesen Einrichtungen haben mehr Befugnisse als normale Strafverfolgungsbeamte. Die Verantwortlichen überwachen die Grundbedürfnisse – Sprechen, Essen, Schlafen und die Toilettenbenutzung – der Gefangenen streng und können diese nach Belieben gewähren oder verweigern. Sie können die Gefangenen schlagen, zwangsernähren und mit elektrischen Schlagstöcken quälen, und es hat keinerlei Folgen für sie.

Gehirnwäsche-Einrichtungen mit unterschiedlichen Namen gibt es in fast jeder Stadt, jedem Landkreis und in etlichen Gemeinden in ganz China. Sie wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten gegründet, einige existieren seit wenigen Tagen, andere schon seit mehreren Jahren. Daher ist es schwierig,

die genaue Anzahl der Gehirnwäsche-Einrichtungen zu ermitteln. Offizielle Zahlen gibt es nicht.

Eine Artikelsuche mit dem Stichwort „Gehirnwäsche-Einrichtung“ auf der Webseite [Minghui.org](http://Minghui.org) für den Zeitraum 1999 bis 2019 ergab etwa 65.000 Treffer. (Hierbei wurden nur die Einrichtungen gezählt, in denen Falun-GongPraktizierende umerzogen werden). Der Suchbegriff kam dabei insgesamt mehr als 210.000 Mal vor. Nachdem wir die Gehirnwäsche-Einrichtungen ohne genaue Standortangabe aussortiert und die Einrichtungen mit unterschiedlichen Namen, die sich aber auf dieselbe Einrichtung bezogen, zusammengefasst hatten, kamen wir zu dem Ergebnis, dass es in ganz China circa 3.640 solcher Einrichtungen geben muss.

Diese bestätigten Gehirnwäsche-Einrichtungen verteilen sich auf 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene, davon auf 26 Provinzen und auf die vier regierungsunmittelbaren Städte Peking, Tianjin, Shanghai und Chongqing. Die meisten Einrichtungen sind in der Provinz Hebei (439), gefolgt von der Provinz Shandong (383), der Provinz Hubei (336), der Provinz Sichuan (301) und der Provinz Jilin (272). In acht weiteren Verwaltungseinheiten gibt es ebenfalls Hunderte von Gehirnwäsche-Einrichtungen, und in 15 Verwaltungseinheiten Dutzende. Qinghai und Ningxia sind die einzigen Provinzen mit weniger als zehn bestätigten Gehirnwäsche-Einrichtungen.

Angesichts des geheimnisvollen Charakters dieser Einrichtungen und der in China herrschenden Zensur und Verfolgung dürfte die tatsächliche Anzahl viel höher sein.

Ohne jegliche Rechtsverfahren werden Andersdenkende, wie Falun-GongPraktizierende, politische Dissidenten, Christen und Muslime in GehirnwäscheEinrichtungen eingesperrt.

Wenn die Indoktrination von kommunistischem Gedankengut nicht hilft, greifen die Wärter zu Folter, zur Verabreichung unbekannter Substanzen und Drogen. So haben viele Betroffene irreparable körperliche Verletzungen und mentale Traumata erlitten oder ihr Leben verloren.

Neben Folter und weiteren Misshandlungen ist Sklavenarbeit eine wesentliche Taktik, um die Willenskraft der Inhaftierten zu schwächen. Zudem profitieren die Behörden davon.

Darüber hinaus nutzt die KP Chinas häufig psychiatrische Einrichtungen, um Dissidenten und politische Aktivisten zu foltern. Obwohl von einer Vielzahl von psychiatrischen Einrichtungen in China über Misshandlungen berichtet wird,

sind jedoch nur die „Ankang“-Kliniken (Ankang: Frieden und Gesundheit für die geistig Kranken“) offiziell befugt, Patienten gegen ihren Willen festzuhalten und ihre Freiheit einzuschränken. Diese Einrichtungen haben bereits eine lange Geschichte, um „die nationale Sicherheit aufrechtzuerhalten“. Bereits im Januar 1988 legte das Ministerium für öffentliche Sicherheit Vorgaben für die Zwangseinweisung von Patienten in „Ankang“-Kliniken fest.

China verfolgt fünf Bevölkerungsgruppen, von diesen wurden zwei als Gruppen eingestuft, welche „die öffentliche Ordnung ernsthaft stören“ oder „die soziale Stabilität stören“. Falun-Gong-Praktizierende, politische Dissidenten und Bürger, die es wagen, sich gegen die Regierungspolitik aufzulehnen, bekommen oft diesen Stempel aufgedrückt als Rechtfertigung, sie in eine „Ankang“-Klinik einzuweisen.

Seit Beginn der Verfolgung von Falun Gong im Jahr 1999 wurden weitere „Ankang“-Kliniken eingerichtet. Im September 2004 gab das Ministerium für öffentliche Sicherheit eine Bekanntmachung heraus. Darin wurden Provinzen, autonome Regionen und Gemeinden, in denen es noch keine „Ankang“-Kliniken gab, aufgefordert, so schnell wie möglich welche einzurichten.

## **6. Halten Sie die Kommunistische Partei Chinas für soweit reformfähig, bezüglich der Menschenrechte – Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Selbstbestimmung – einen liberaleren Kurs einzuschlagen? (AfD)**

Die Kommunistische Partei Chinas war noch nie bereit für eine politische Reform. Die Einführung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 erweckte die Hoffnung, dass die Wirtschaftsreform letztendlich zu einer politischen Reform führen würde. Nach 40 Jahren, stellen wir fest, dass die KP Chinas anstatt eines liberalen, eher einen autoritären Kurs eingeschlagen hat. Der heutige Parteiführer Xi Jinping hält weiterhin wie seine Vorgänger am sozialistischen Weg chinesischer Prägung und an der Führung durch die Partei fest. Ein Wille für eine politische Reform ist nicht zu erkennen.

Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, sowie kulturelle Selbstbestimmung gelten als Bedrohungen für den Machterhalt der Kommunistische Partei Chinas. Den Parteimitgliedern ist nicht erlaubt, an Religionen zu glauben.

Religionen müssen nach der Anweisung von Xi Jinping sinisiert werden. Xi Jinping verlangt, dass sich die Religionen der Kommunistischen Partei unterordnen. Geistliche im Buddhismus, Taoismus, Islam, der katholischen und der evangelischen Kirche müssen sich zum Konzept der „Sinisierung der Religion“ bekennen.

Religionsgemeinschaften haben der Führung der Partei zu folgen und das sozialistische System zu unterstützen, um zu beweisen, dass sie für den Aufbau des sozialistischen Landes „nützlich“ sind. Verbindungen der Religionsgemeinschaft zum Ausland werden streng kontrolliert.

Die traditionelle chinesische Kultur hat ihre Wurzeln im Taoismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Sie ist gekennzeichnet durch die Beachtung der Tugenden. Die „Philosophie“ der KPC steht im völligen Gegensatz dazu. Das politische Schlagwort der KP Chinas ist: „Menschen werden den Himmel besiegen“. Die konfuzianische Kultur preist die Nächstenliebe, die KP spornt jedoch zum Klassenkampf an. Mao Tsetung sagte: „Wenn wir eine Regierung stürzen wollen, brauchen wir zuerst Propaganda und müssen im Bereich der Ideologie arbeiten.“ Die Kommunisten haben gesehen, dass das marxistische, leninistische Gedankengut nicht in China Fuß fassen kann, wenn die traditionelle Kultur Chinas nicht zerstört wird. So begann die Auslöschung der Religionen. Tempel wurden zerstört, heilige Schriften verbrannt.

Schon gleich nach der Machtergreifung im Jahr 1949 nutzte die KP Chinas alle Ressourcen der Nation, um die traditionelle chinesische Kultur zu zerstören und Glaubensgemeinschaften zu unterdrücken. Alle Religionsgemeinschaften mussten sich zu der Parteiführung bekennen.

Die Meditationspraxis Falun Gong galt vor 20 Jahren in China nicht als eine Glaubensgemeinschaft, sondern eher als eine populäre Qigong-Schule. Trotzdem wurde sie von der Partei als eine potenzielle Gefahr angesehen.

Da die Falun-Gong-Praktizierenden nicht in Form einer Institution organisiert sind, stand die Kommunistische Partei Chinas vor einer neuen Situation: Wie soll man Falun Gong mit damals 70 bis 100 Millionen Praktizierenden (Stand 1999) kontrollieren. Darüber hinaus folgen die Falun-Gong-Praktizierenden in ihrem Leben den drei Prinzipien: Wahrhaftigkeit, Barmherzigkeit und Nachsicht. Diese Prinzipien stehen wiederum voll im Gegensatz zu der Parteikultur, die von Lügen, Kampf und Intoleranz geprägt ist. Aus Angst vor Unkontrollierbarkeit hat die KP-Führung im Juli 1999 eine beispiellose Verfolgung gegen die Falun-Gong-Praktizierenden gestartet, die bis heute immer noch nicht beendet ist.

Es lassen sich noch weitere Beispiele anführen, die alle denselben Schluss belegen: Die Kommunistische Partei Chinas ist nicht reformfähig. Sie wird ihre Methoden und Taktiken ändern und Formen an der Oberfläche, aber an ihrem Wesen und ihren Zielen ändert sich nichts.

## **9. Ist die konsequente und öffentlichkeitswirksame Benennung von Menschenrechtsverletzungen durch die kommunistischen Machthaber Chinas das geeignete Mittel, sie zu einer Verhaltensänderung zu bewegen? (AfD)**

Die konsequente und öffentlichkeitswirksame Benennung von Menschenrechtsverletzungen in China ist unverzichtbar. Ohne den internationalen Druck hätte Chinas Machthaber weder das berüchtigte Arbeitslagersystem beendet noch einzelne politische Gefangene freigelassen. Jedoch wird der Horrorfilm, der sich schon 70 Jahre lang in China abspielt, nie enden, wenn der kommunistischen Partei Chinas nicht ein Ende gesetzt wird.

Aufgrund der Sanktionen nach dem Tian´anmen Massaker, waren die kommunistischen Machthaber in China Anfang der 90er Jahre dazu gezwungen, Menschenrechtsdialoge mit dem Westen zu führen, allerdings nur unter der Bedingung, dass diese hinter verschlossenen Türen stattfinden müssen. Diese Bedingung wurde akzeptiert. Viele Menschen haben daran geglaubt, dass der Handel mit China die Menschenrechte, die Meinungsfreiheit und demokratische Reformen in China fördern würde. Nach 30 Jahren ist klar zu erkennen, dass diese Annahme – Wandel durch Handel – nur Wunschdenken war.

Die kommunistische Führung Chinas hat Verbesserungen der Menschenrechtssituation in China versprochen, hat das Land jedoch in ein großes Gefängnis umgebaut. Sie versprach, das Land Schritt für Schritt zu öffnen. Mit Hilfe von großen Technologiekonzernen, wie Huawei, hat sie China in den größten Überwachungsstaat der Welt verwandelt. 1997 versprach die KP Chinas den Bürgern Hongkongs, 50 Jahre lang ihre Rechte und Freiheiten zu garantieren, getreu dem Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. Nach 23 Jahren hat sie das Versprechen gebrochen.

Die sanfte Diplomatie hat leider keinen grundlegenden Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in China geleistet. Es ist Zeit umzudenken und die Menschenrechtspolitik im Rahmen der gesamten China-Politik umzugestalten.